

Ausgabe 127, 13. Oktober 2011

Der Newsletter **DEMOS** informiert über demografische Veränderungen und deren Auswirkungen auf Politik, Entwicklung, Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Abdruck von Artikeln und Grafiken ist honorarfrei. Um die Übersendung eines Belegexemplars wird gebeten.

Dieser Newsletter wird unterstützt von: **Robert Bosch Stiftung**

In dieser Ausgabe

Wo Frauen fehlen, wird rechts gewählt

In vielen Regionen Deutschlands geht Frauenmangel Hand in Hand mit Wahlerfolgen für rechtsextreme Parteien

[weiterlesen](#)

Dem Älterwerden eine neue Bedeutung verleihen

Roland Krügers und Loring Sittlers Buch stellt Potenziale und Notwendigkeiten des sozialen Engagements einer älteren Generation vor

[weiterlesen](#)

Studie zu Afrikas demografischen Herausforderungen jetzt auch auf Englisch

Die Ergebnisse der Studie liefern Daten und Fakten für die weitere internationale Diskussion über Strategien der Entwicklungszusammenarbeit

[weiterlesen](#)

Wo Frauen fehlen, wird rechts gewählt

In vielen Regionen Deutschlands geht Frauenmangel Hand in Hand mit Wahlerfolgen für rechtsextreme Parteien

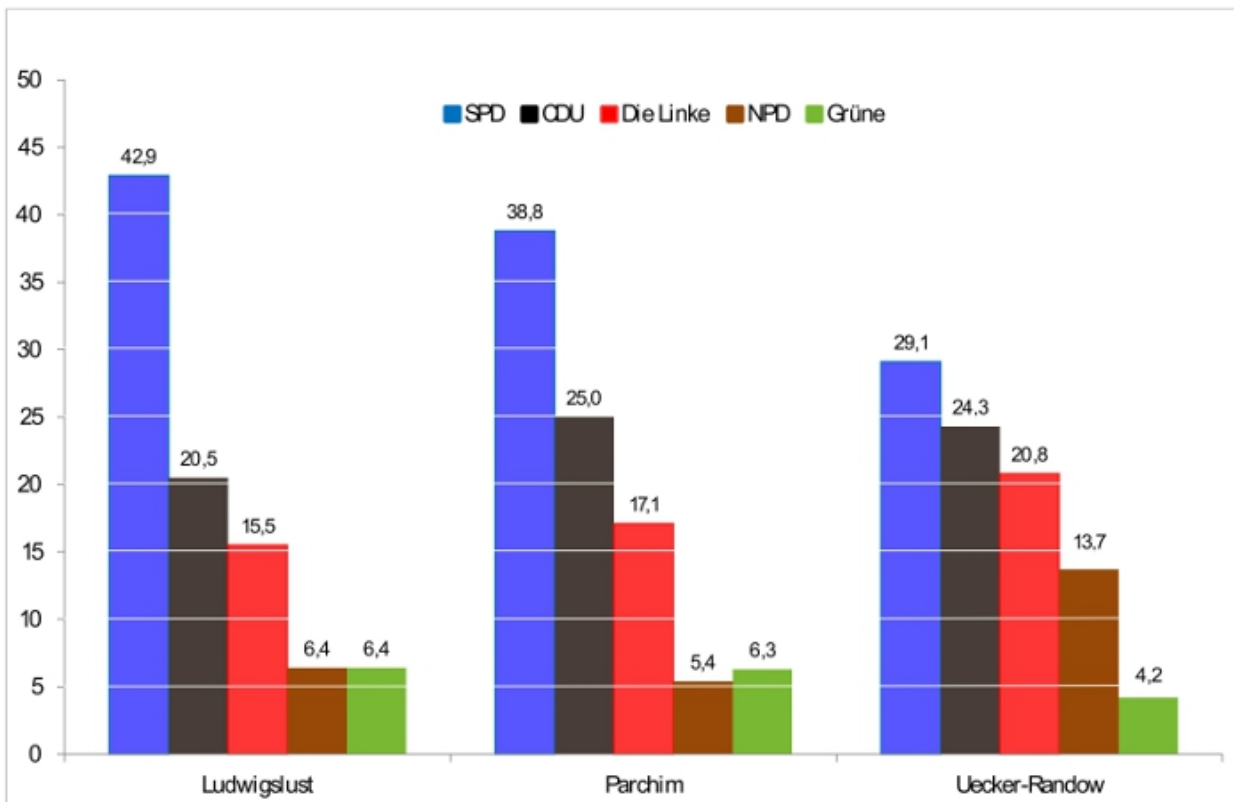
Im äußersten Nordosten Deutschlands prägen Wälder, Seen und verstreut liegende Ortschaften wie Ueckermünde, Torgelow oder Pasewalk die Landschaft. Nach jahrzehntelanger Abwanderung ist Mecklenburg-Vorpommern dünn besiedelt. Besonders Frauen haben in den vergangenen Jahren häufig ihre Koffer gepackt, um in anderen Teilen Deutschlands oder im Ausland eine Arbeit aufzunehmen. Die Folge: Auf 100 Männer im Alter von 18 bis 35 Jahren kommen hier gerade mal noch 76,5 Frauen. Wer geblieben ist, wählt überdurchschnittlich häufig rechtsextrem. So erhielt die NPD im Wahlkreis Uecker-Randow I bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern kürzlich 15,4 Prozent der Zweitstimmen - fast jeder Sechste hat hier also Neonazis gewählt. Schlagzeilen machte vor allem das 230-Einwohner-Dörfchen Koblentz im benachbarten Wahlkreis Uecker-Randow II: Dort gab bei der Wahl sogar jeder Dritte seine Stimme der NPD.

Ähnliche Verhältnisse bei den Anteilen von Männern und Frauen an der Bevölkerung sowie ähnlich hohe Wahlergebnisse für die NPD sind verbreitet im neuen Groß-Landkreis

Vorpommern-Greifswald an der Grenze zu Polen. So lag die rechtsextreme Partei bei der ebenfalls kürzlich abgelaufenen Wahl zum Kreistag mit 8,9 Prozent der Stimmen noch vor den Grünen und der FDP. Und auch im Westen des Bundeslands, an der Grenze zu Niedersachsen, findet sich die Verknüpfung aus Frauenmangel und hoher Zustimmung für Rechtsextreme. So kommen in der ländlichen Region westlich des Städtchens Ludwigslust gerade mal 74 Frauen auf 100 Männer zwischen 18 und 35 Jahren. Zugleich konnte die NPD dort bei der Landtagswahl 8,3 Prozent aller Zweitstimmen auf sich vereinen.

Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011

Wahlergebnis in ausgewählten Landkreisen in Prozent



Bei der letzten Landtagswahl schnitten SPD, CDU und Die Linke am besten ab. Im Landkreis Uecker-Randow allerdings konnte sich die NPD auf Kosten der SPD und der Grünen profilieren - und auch anderenorts erhielt sie einen Stimmenanteil von mehr als fünf Prozent (Datengrundlage: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern).

Die Kombination beider Phänomene ist auffällig: In Regionen mit signifikantem Frauenmangel scheinen rechtsradikale Parteien wie die NPD häufig bessere Wahlergebnisse zu erzielen als in Gegenden, in denen das Geschlechterverhältnis ausgeglichen ist. Dieser Trend lässt sich deutschlandweit beobachten. Das Berlin-Institut hat ihn in der Studie ["Not am Mann"](#) beschrieben. Darin wurde die Lage junger Erwachsener in jenen Regionen der neuen Bundesländer untersucht, die besonders von Abwanderung und wirtschaftlichem Niedergang betroffen sind. "Tendenziell erreicht die NPD dort hohe Wähleranteile, wo Frauen in großer Zahl abgewandert sind", heißt es in "Not am Mann". Die Studie erläutert den Zusammenhang - und liefert damit auch eine Erklärung für das Ergebnis der Landtagswahl 2011.

Arbeitslos oder gering qualifiziert

Wissenschaftlich belegt ist, dass die Anhänger von rechtsradikalen Parteien überdurchschnittlich häufig arbeitslos sind oder in Jobs für gering Qualifizierten arbeiten. So waren laut Annette Mayer, Projektleiterin der Forschungsgruppe Wahlen, bei den Landtagswahlen von Mecklenburg-Vorpommern fünf Prozent aller Wähler Arbeitslose. Unter den NPD-Wählern lag der Anteil der Arbeitslosen mit elf Prozent jedoch mehr als doppelt so

hoch. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei gering Qualifizierten: 31 Prozent der Wählerschaft insgesamt waren Arbeiter, bei den NPD-Wählern lag ihr Anteil bei 41 Prozent. Zugleich finden sich unter Arbeitslosen insgesamt überdurchschnittlich häufig rechtsextreme Einstellungen. So stuften sich bei einer Studie der Universität Nürnberg zwar 14 Prozent der bundesweit befragten Erwerbstätigen selbst als ausländerfeindlich ein, aber 29 Prozent der Arbeitslosen. Vier Prozent der Menschen ohne Job zeigten sich bereit, eine rechtsextreme Partei zu wählen - doppelt so viele wie bei den Erwerbstätigen.

Dieses rechtsextreme Wählerpotenzial ist in vielen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns überdurchschnittlich stark vertreten. So gibt es in den südlichen Teilen des Groß-Landkreises Vorpommern-Greifswald kaum Arbeitgeber für hoch Qualifizierte. Die wichtigsten Wirtschaftszweige sind Landwirtschaft, Holzverarbeitung oder die Bauindustrie. Als Folge davon ist die Bevölkerung eher arm. So findet sich im ehemaligen Landkreis Uecker-Randow, wo die NPD die höchsten Ergebnisse von Mecklenburg-Vorpommern einfahren konnte, deutschlandweit die geringste Kaufkraft.

Sehnsucht nach Anerkennung

Die Anhänger rechtsradikaler Parteien sind nicht nur häufig arbeitslos oder gering qualifiziert, sondern auch überwiegend männlich. So bestand die Wählerschaft der NPD bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern der Forschungsgruppe Wahlen zufolge zu zwei Dritteln aus Männern. Insgesamt haben nur vier Prozent aller Frauen in dem Bundesland NPD gewählt, aber acht Prozent aller Männer. Die besondere Anziehungskraft könnte im traditionellen Rollenverständnis liegen, mit dem rechte Parteien männliche Wähler anlocken. Demzufolge sollte ein Mann stark sowie Oberhaupt und Ernährer der Familie sein.

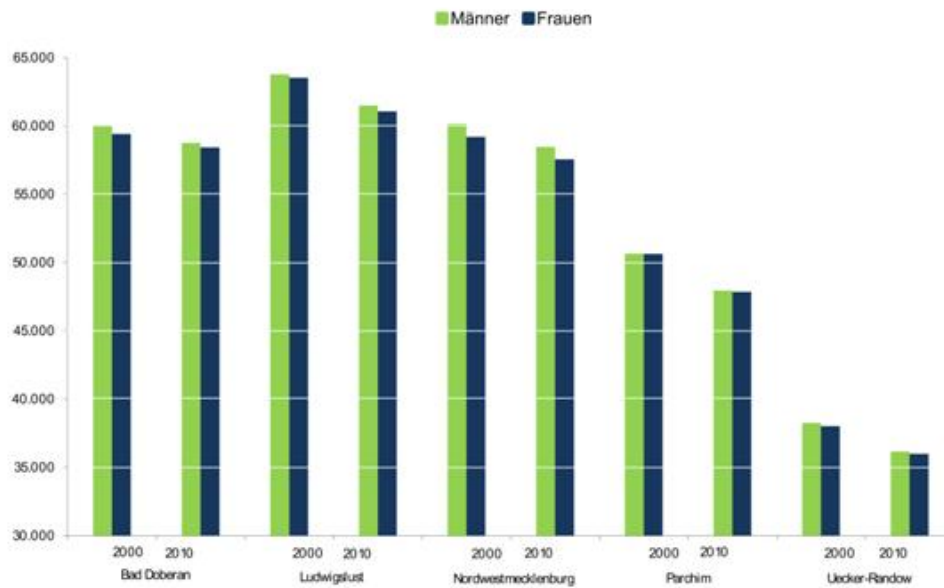
In vielen heutigen Problemregionen verschafften früher klassische Männerjobs etwa in der Landwirtschaft oder der Industrie auch gering Qualifizierten Einkommen und Ansehen. Im Zuge des Strukturwandels sind viele der Arbeitsplätze in diesen Bereichen weggebrochen. Und selbst wer heute noch als Traktorfahrer oder Bandarbeiter beschäftigt ist, kann nicht gerade einen prestigeträchtigen Job vorweisen - was die Chancen bei der Partnerwahl schmälert. Da könnte eine Partei gerade recht kommen, die eine Aufwertung der klassischen Männerrolle verspricht. Laut Infratest Dimap halten sich immerhin 62 Prozent der NPD-Wähler bislang für Verlierer der Entwicklung im Land. Und 60 Prozent der mecklenburg-vorpommerischen NPD-Wähler hoffen, dass die Partei ihrer Wahl die Abwanderung und den Niedergang auf dem Land stoppen wird. Zu ihnen scheinen ganz besonders junge Männer zu gehören. So erzielte die NPD bei der aktuellen Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern die meisten ihrer Stimmen bei männlichen Erstwählern sowie in der Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren.

Frauen wandern ab

Arbeitslos oder gering qualifiziert und männlich - das ist nicht nur der typische NPD-Wähler, sondern so sieht auch ein überdurchschnittlich hoher Prozentsatz der Bevölkerung in vielen Problemregionen des Ostens aus. Frauen dagegen haben nicht nur häufig die Zeichen der Zeit erkannt, sich weitergebildet und damit im Schnitt bessere Abschlüsse als gleichaltrige Männer erworben. Sie erweisen sich auch als flexibler, wenn es darum geht, Arbeit in anderen Regionen Deutschlands oder im Ausland anzunehmen. So waren im Wahlmonat September in Mecklenburg-Vorpommern dem dortigen Statistischen Amt zufolge weniger als halb so viele Frauen arbeitslos gemeldet wie Männer. Die Arbeitslosenquote lag bei ihnen um mehr als zwei Prozentpunkte niedriger als bei ihren männlichen Mitbürgern. Das liegt zum Teil daran, dass Frauen sich beim Verlust ihrer Arbeit weniger häufig arbeitslos melden und dann als Hausfrauen arbeiten. Aber auch der stärkere weibliche Anteil bei der Abwanderung dürfte eine Rolle spielen.

Schrumpfende Einwohnerzahlen

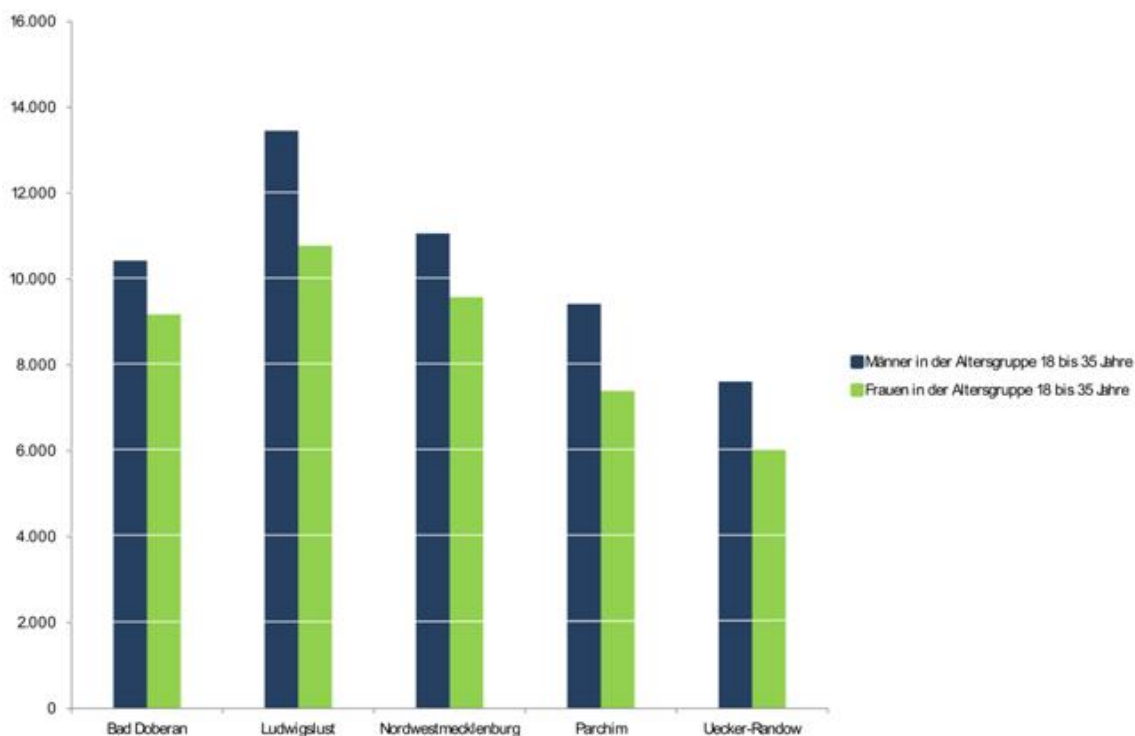
Bevölkerungsrückgang zwischen 2000 und 2010 in ausgewählten Landkreisen Mecklenburg-Vorpommerns nach Geschlecht



Zwischen 2000 und 2010 verloren viele Landkreise Bevölkerung. Wenn junge Frauen abwandern, wirkt sich das auf die Bevölkerungsentwicklung besonders negativ aus, da in der Folge auch mit weniger Kindern zu rechnen ist. Auch wenn in den jungen Altersklassen Frauen fehlen, ist das Geschlechterverhältnis in der Gesamtbevölkerung ausgeglichen, weil Frauen länger leben als Männer (Datengrundlage: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern).

Frauenmangel unter potenziellen Familiengründern

Anzahl der Frauen und Männer der Altersgruppe 18- bis 35-Jährigen in ausgewählten Landkreisen Mecklenburg-Vorpommerns 2010



In einigen Landkreisen von Mecklenburg-Vorpommern übersteigt die Zahl der 18- bis 35-jährigen Männer die der Frauen derselben Altersgruppe bei Weitem: Im Landkreis Ludwigslust etwa, wo der Amtlichen Statistik zufolge 24.232 18- bis 35-Jährige leben, gibt es einen Überschuss von 2.640 Männern (Datengrundlage: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern).

Insgesamt hat der ehemalige Landkreis Uecker-Randow, in dem die NPD zweistellige Wahlergebnisse erzielte, zwischen 1990 und 2005 rund ein Fünftel seiner Einwohner verloren. Allein im vergangenen Jahr ging die Bevölkerung um 1,2 Prozent zurück. Man kann vermuten, dass dabei überproportional Frauen gegangen sind. Vor allem in kleineren Ortschaften unter 5.000 Einwohnern sind in den Altersklassen der jungen Erwachsenen die Männer im Überschuss, und die Bevölkerung schrumpft. Dort bleiben häufig klassische NPD-Wähler zurück: jung, männlich, arbeitslos, gering gebildet, frustriert und ohne Perspektiven. Das Ergebnis sind hohe Wahlergebnisse für die rechtsradikale Partei in eben jenen Regionen, in denen Frauen fehlen.

Weiblich und gut gebildet

Ein Gegenbeispiel für diese Korrelation findet sich in den Hochschulstädten Mecklenburg-Vorpommerns: Dort gibt es bei den jungen Menschen sogar einen Frauenüberschuss - und Wahlerfolge für die Grünen. So lockt die Universität Rostock mit Studiengängen für Medizin und Lehramt viele weibliche Studierende an, die Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald bietet unter anderem Kunstgeschichte und Kommunikationswissenschaft. Das Ergebnis ist eine Häufung von gut ausgebildeten Frauen. Und die wählen häufig grün. So konnte die Partei in Greifswald mehr als drei Mal so viele Wähler von sich überzeugen wie die NPD, in Rostock erhielt sie in einem Wahlkreis sogar 19 Prozent der Zweitstimmen - und wurde damit die zweitstärkste Kraft nach der SPD.

Literatur / Links

Bacher, Johann (1999): Arbeitslosigkeit und Rechtsextremismus. Forschungsergebnisse auf Basis der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage in den Sozialwissenschaften (Allbus) 1996 und der Nürnberger BerufsschülerInnenbefragung 1999. Arbeits- und Diskussionspapier 99-6. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Nürnberg. Nürnberg.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2007): Not am Mann. Von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Lebenslagen junger Erwachsener in wirtschaftlichen Abstiegsregionen der neuen Bundesländer. Berlin. www.berlin-institut.org.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2007): Wo junge Frauen fehlen, erhalten die rechten Parteien Zulauf. In: Demos 34, 30.05.2007. www.berlin-institut.org.

Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung (2005): Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen bis 2020. In: Raumentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern, Informationsreihe der Obersten Landesplanungsbehörde Nr. 11 12/2005.

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2011): Bevölkerungsstand der Kreise, Ämter und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern. In: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern: Bevölkerung, Veröffentlichungen, Bevölkerungsstand. www.statistik-mv.de.

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2011): Landtagswahlen 2011. In: Die Landeswahlleiterin: Landtagswahlen, Landtagswahl 2011, Wahlergebnisse. www.statistik-mv.de.

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2011): Zahlenspiegel Mecklenburg-Vorpommern. In: SIS Online: Sachgebiet Bevölkerungsstand. <http://sis-online.statistik.m-v.de>.

Tagesschau (2011): Wahlarchiv. stat.tagesschau.de.

Dieser Newsletter ist für Sie kostenlos verfügbar. Die Herstellung hat jedoch ihren Preis. Die Robert Bosch Stiftung und andere Förderer unterstützen die Arbeit des Berlin-Instituts – aber das deckt nicht alle Kosten. Wenn Ihnen der Text gefallen hat, würden wir uns über eine kleine Spende für das Berlin-Institut freuen.

Dem Älterwerden eine neue Bedeutung verleihen Roland Krügers und Loring Sittlers Buch stellt Potenziale und Notwendigkeiten des sozialen Engagements einer älteren Generation vor



"Wir brauchen euch!" ist ein Aufruf an den älteren Teil der Gesellschaft, sich sozial zu engagieren. Die Autoren Roland Krüger und Loring Sittler führen im Wesentlichen drei Gründe für die wachsende Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements Älterer an: Aktivität hält geistig fit und körperlich gesund, langjährige Erfahrungen älterer Menschen sind eine Bereicherung für die Gemeinschaft, und ihr Engagement ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit.

Das so genannte "dritte Alter" ist heute eine Lebensphase, die für viele Menschen noch drei Jahrzehnte bei guter Gesundheit mit sich bringt. Diese Periode gilt es, mit Aktivitäten zu füllen, die herausfordern, körperlich und geistig gesund halten und Sinn geben. Besonders gut eignet sich dafür soziales Engagement: Das Gefühl "gebraucht zu werden" hält fit und macht glücklich, wie Roland Krüger und Loring Sittler mit Beispielen und Studien belegen. So etwa mit der Schilderung über die "Insel der Seligen": Auf der japanischen Inselgruppe Okinawa leben die meisten Hundertjährigen und erfreuen sich dabei besonders guter Gesundheit. Gemeinschaft und gegenseitiges Helfen sind hier eine Selbstverständlichkeit - sich zur Ruhe zu setzen und die Hände in den Schoß zu legen ist dagegen auch für ältere Menschen unüblich.

Ein eindimensionales Bild vom "Älterwerden", von "Alter" und "Ruhestand" verhindert hierzulande die Entfaltung solcher Potenziale. Das Buch wagt eine Kritik an der Gesellschaft

und am Umgangs der Generationen miteinander: Die Fähigkeiten und Eigenschaften der älteren Menschen würden ausgeblendet und Ältere vor allem als pflege- und hilfsbedürftig wahrgenommen. Dadurch gehe der Gemeinschaft vieles an Kapazität und menschlichem Miteinander verloren.

Auf der einen Seite haben Ältere jahrzehntelange berufliche Erfahrungen gesammelt, die nach dem Eintritt in die Rente nicht verloren gehen sollten. Das Beispiel des Senior Experten Service (SES) zeigt, wie ältere Experten nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben, oder auch schon während des Berufslebens ihr Wissen weitergeben. Da reist beispielsweise ein Ehepaar, das in der Textilbranche tätig war, nach Kambodscha, berät dortige Kleinunternehmer und vermittelt Studierenden Kenntnisse der Branche. Auf der anderen Seite bringen ältere Menschen Eigenschaften wie Geduld, Gelassenheit und Ruhe mit, die gerade in sozialen Problemlagen und Konflikten eine große Bereicherung sein können, wie das Buch anhand einer Reihe von Projekten für Jugendliche zeigt. Die "Schulomas" an einer Kölner Schule beispielsweise hören zu, schlichten Streits und geben Nachhilfe oder Musikunterricht und sind so für Schüler und Lehrer eine große Hilfe.

Die Notwendigkeit von mehr Engagement der Älteren wird von den Autoren ausführlich mit Zahlen und Fakten begründet: Die Gruppe der über 60-Jährigen umfasst heute schon rund 20 Prozent der Bevölkerung. Sie wird Prognosen zufolge auf etwa 30 Prozent innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte anwachsen. Nachfolgende jüngere Generationen werden auf die Hilfe und das Engagement dieser Gruppe angewiesen sein, denn angesichts des fehlenden Nachwuchses wird es für die jüngere Generation schwierig, alle Menschen angemessen zu versorgen. Die Autoren zeigen die Belastungen, die in Zukunft auf die sozialen Systeme zukommen werden, und stellen ihnen mögliche positive Entwicklungsszenarien gegenüber, nach dem Motto: "Schrumpfen muss nicht weh tun". So ist beispielsweise die Stadt Görlitz, in der der Zuzug älterer Menschen für ein lebendigeres soziales Leben gesorgt hat, auch für jüngere Menschen wieder attraktiv geworden. Im brandenburgischen Lunow-Stolzenhagen entstand aus dem örtlichen Sportverein, der keinen Nachwuchs mehr hatte, auf Initiative der Bürger ein Begegnungszentrum, in dem Ältere, Jüngere und Besucher nun diverse Angebote wahrnehmen können.

Roland Krüger und Loring Sittler vertreten die sich hierzulande häufende Perspektive, dass bürgerschaftliches Engagements eine Notwendigkeit ist. Viel Literatur beschäftigt sich mit Freiwilligenarbeit und Ehrenamt, und die Forschung ist sich weitgehend einig, dass unsere Gesellschaft in Zukunft darauf angewiesen sein wird, dass "alle ein bisschen anpacken" und "Vater Staat" nicht mehr für alle sozialen Leistungen verantwortlich gemacht wird. Die Autoren sehen in der zukünftigen Rolle des Staates die eines "Ermöglichers", der "die gesellschaftlichen Eigenkräfte der Bürger unterstützt und ihnen mehr Flexibilität einräumt". Sie beschreiben leider nur vage, welche Rolle der Staat zugesprochen bekommt: Er soll zwar eine "Grundsicherung" zur Verfügung stellen, gleichzeitig jedoch auf das Engagement der Bürger zählen und als "Engagement-Ermöglicher" fungieren. Was jedoch ist eine "Grundsicherung"? Darf der Staat sich aus Schulsozialarbeit, Kinderbetreuung und der psychosozialen Betreuung von Demenzkranken verabschieden, um Kosten zu sparen - und kann er sich als "Ermöglicher" darauf verlassen, dass der "Eingreiftrupp" der älteren Menschen bereitsteht und dies auffängt?

Und welche Maßnahmen ergreift überhaupt ein "ermöglichender" Staat? Welche Sektoren werden gefördert und in welchem Ausmaß - so dass bürgerschaftliches Engagement nicht zu billig bezahlter staatlich geförderter Arbeit wird? Konkrete politische Forderungen sind eher dünn gesät, wodurch viele Fragen offen bleiben. Aber diese fehlenden Ausführungen gehören zum Konzept des Buches: Auch wenn längst nicht alles geregelt ist, sollten wir Bürger nicht abwarten, bis der Staat die Regeln der Zivilgesellschaft definiert, sondern allorts mit der Arbeit beginnen. Krüger und Sittler bauen dabei auf das soziale Selbstverständnis der Menschen ("eine Aufgabe haben"), das Primat der lokalen Problemlösungsfähigkeit ("Gesellschaft vom Bürger hinauf denken") und den gemeinschaftlichen Charakter von Engagement ("Engagement steckt an").

"Wir brauchen euch!" zeigt dazu vielfältige Möglichkeiten auf. Dies ist wohl der größte Verdienst des Buches: Eine Vielzahl an Initiativen aus den unterschiedlichen Bereichen,

engagierte Menschen und Freiwilligen-Netzwerke werden hier so vorgestellt, dass man "Lust aufs Älterwerden" bekommt und neugierig wird. Das Buch ruft: "Endlich können wir das machen, was wir schon immer machen wollten, und haben auch noch genügend Zeit dafür." Vor dem Hintergrund der medialen Negativszenarien einer pflegebedürftigen und kaum zu versorgenden älteren Generation ist "Wir brauchen euch!" die hoffnungsvolle Gegenposition, die uns klar macht, dass auch in einer alternden Gesellschaft Wohlstand und soziale Sicherheit möglich sind. Jedoch nur dann, wenn dem dritten Alter eine neue Bedeutung verliehen wird.

Roland Krüger/Loring Sittler: Wir brauchen euch! Wie sich die Generation 50plus engagieren und verwirklichen kann. Murmann Verlag, Hamburg 2011. 232 Seiten, 19,90 Euro.

www.murmann-verlag.de.

✓ Dieser Newsletter ist für Sie kostenlos verfügbar. Die Herstellung hat jedoch ihren Preis. Die Robert Bosch Stiftung und andere Förderer unterstützen die Arbeit des Berlin-Instituts – aber das deckt nicht alle Kosten. Wenn Ihnen der Text gefallen hat, würden wir uns über eine kleine Spende für das Berlin-Institut freuen.

Studie zu Afrikas demografischen Herausforderungen jetzt auch auf Englisch Die Ergebnisse der Studie liefern Daten und Fakten für die weitere internationale Diskussion über Strategien der Entwicklungszusammenarbeit

Rechtzeitig vor der Internationalen Konferenz "[Sub-Saharan Africa: Transforming Population Dynamics into an Opportunity](#)" am 21. Oktober 2011 ist die Studie des Berlin-Instituts zu Afrikas demografischen Herausforderungen nun auch auf [Englisch](#) erschienen. Die Konferenz wird von der Stiftung Weltbevölkerung in Kooperation mit der KfW Entwicklungsbank und anderen Partnern veranstaltet. Dabei sollen die Ergebnisse der Studie mit Spezialisten aus aller Welt diskutiert werden. Als Redner eingeladen sind international bekannte Experten von der Weltbank, dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), der Weltgesundheitsorganisation (WHO), afrikanischen Institutionen sowie weitere Fachleute.

Für das Jahr 2012 sind darüber hinaus Workshops in ausgewählten afrikanischen Ländern geplant, um die Ergebnisse der Studie auch Entscheidungsträgern in Partnerländern nahezubringen.

Die Studie ist in eine umfangreiche [Öffentlichkeitskampagne](#) eingebettet, die darauf aufmerksam machen soll, dass die Millenniums-Entwicklungsziele in Subsahara-Afrika auch wegen des hohen Bevölkerungswachstums kaum zu erreichen sind. Das Projekt wird gefördert von der Europäischen Union.



This article is funded by the European Union.
The views expressed in the publication do not necessarily reflect the views of the European Commission.

Hinweis in eigener Sache:

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist eine Stiftung mit dem Zweck, Forschung zu demografischen Veränderungen zu betreiben und das öffentliche Wissen über gesellschaftliche Prozesse zu verbessern. Das unabhängige Berlin-Institut erhält für seine Arbeit keinerlei öffentliche Förderung. Spenden und Zustiftungen ermöglichen die erfolgreiche Arbeit des Instituts.

Bankverbindung:

Bankhaus Hallbaum
BLZ 250 601 80
Konto 20 28 64 07

BLZ 250 601 80
Konto 20 28 64 07

Online spenden per Lastschriftverfahren

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Dr. Reiner Klingholz

E-Mail: reiner.klingholz@berlin-institut.org

Telefon: 0 30-22 32 48 45

Impressum:

Der Newsletter DEMOS wird herausgegeben von dem Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Für die Redaktion sind Dr. Reiner Klingholz und Dr. Margret Karsch verantwortlich.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Dr. Margret Karsch

E-Mail: margret.karsch@berlin-institut.org

Telefon: 0 30-22 32 48 46